

Curaviva Schweiz vertritt die Interessen der Heime - und der Pensionäre : "Wir müssen nicht Politik machen, aber die Politiker briefen"

Autor(en): **Hansen, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **78 (2007)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-805021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Curaviva Schweiz vertritt die Interessen der Heime – und der Pensionäre

«Wir müssen nicht Politik machen, aber die Politiker briefen»

■ Robert Hansen

Die Pflegefinanzierung wird in der Schweiz kantonal unterschiedlich gehandhabt – und niemand hat den Überblick. Curaviva Schweiz sucht den direkten Draht zu den Parlamentariern und will eine Rechtssicherheit für die Heimverantwortlichen erreichen sowie eine gesamtschweizerisch finanziell tragbare Lösung.

«In der Deutschschweiz haben die Leute wenig Ahnung von den Entwicklungen im Altersbereich in der Westschweiz – und umgekehrt», analysiert Lionel Ricou, verantwortlich für den Aufbau eines politischen Netzwerkes bei Curaviva Schweiz. Der Fokus der einzelnen Kantonsvertreter reiche kaum über die Kantonsgrenzen hinaus, die Finanzierung der Pflege werde sehr unterschiedlich angegangen.

Die verschiedenen Systeme bergen in Bezug auf die Pflegefinanzierung Risiken. In der Westschweiz kommen aus sozialpolitischen Gründen neben den Krankenversicherern die Kantone für die Pflegekosten auf, nicht aber die Pensionäre. Die Forderung von Curaviva Schweiz, die Selbstbeteiligung auf maximal 20 Prozent zu begrenzen, ist für die Pensionäre in der Westschweiz deshalb eine Verschlechterung des heutigen Zustandes. Wenn die Kantone ihre bisherige Praxis ändern würden, hätte das vermutlich für die alten Menschen grosse finanzielle Folgen. Dessen sei man sich in der Westschweiz noch nicht bewusst. «Zwar haben die

Westschweizer Kantone im vergangenen Jahr gute Rechnungsabschlüsse präsentiert. Dennoch besteht ein Risiko, dass die Kantone plötzlich Sparmöglichkeiten auf Kosten der Pensionäre orten», befürchtet Lionel Ricou. In der Deutschschweiz sei den Politikern hingegen seit jeher nicht so wichtig, ob die Pensionäre für den Heimaufenthalt mehr bezahlen oder nicht. Das zeige sich darin, dass entgegen dem Krankenversicherungsgesetz die Pensionäre für bis zur Hälfte der Pflegekosten selber aufkommen müssen.

Curaviva Schweiz hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die in der Deutschschweiz übliche Praxis der Pflegefinanzierung nicht gesetzeskonform ist und forderte mehrfach die

Umsetzung des KVG und damit die volle Kostenübernahme für die Pflege. «Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass heute der politische Wille des Parlamentes dazu nicht mehr vorhanden ist», sagt Lionel Ricou. In einem kürzlich publizierten Positionspapier verlangt Curaviva Schweiz eine faire Regelung und eine transparente Kostenaufteilung. Maximal 20 Prozent der Pflegevollkosten dürften den älteren Menschen belastet werden. Den Rest sollen Krankenversicherer und öffentliche Hand finanzieren. Weiter sollen Kurzzeitangebote im Gesetz verankert bleiben sowie die ärztlich verordnete Akut- und Übergangspflege in Alters- und Pflegeheimen von den Krankenversicherern voll übernommen werden.

Lionel Ricou arbeitet an einem politischen Netzwerk.

Foto: roh





Sie pflegen Menschen – wir den Service.

Von Bigla care dürfen Sie ruhig etwas mehr erwarten. Denn unser Engagement führt weit über das Einrichten von Spital- und Pflegezimmern hinaus: Dank unserer Kompetenz in Planung und Beratung, dem erstklassigen Lifetime-Service sowie den Premium-Produkten von ■■ wissner-bosserhoff genießt Ihr Betrieb erfreuliche Aussichten. Vertrauen auch Sie auf Bigla care – den führenden Schweizer Lösungspartner.

www.bigla-care.ch

Bei uns liegt mehr drin.

bigla
care

Die Interessengemeinschaft

Um die Anliegen der älteren Bevölkerung wirkungsvoll zu vertreten und die Neuregelung der Pflegefinanzierung zu beeinflussen, ist im Jahr 2004 die IG-Pflegefinanzierung gegründet worden. Die massgebenden Verbände sind Ende Februar an einem Hearing vor der Nationalrätlichen Kommission für Gesundheit und Soziales angehört worden. Curaviva Schweiz wurde durch Präsident Otto Piller und Tristan Gratier, Präsident der «Plateforme romande» vertreten. «Wir können in der IG eine referendumsfähige Politik betreiben», betont Ricou. Die IG-Pflegefinanzierung setzt sich aus folgenden Verbänden und Organisationen zusammen:

- CURAVIVA Schweiz
- Spitex Verband Schweiz
- H+ die Spitäler der Schweiz
- Senesuisse Private Alters- und Pflegeeinrichtungen Schweiz
- SBK-ASI Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner
- Schweizerische Alzheimervereinigung
- DOK Dachorganisationenkonferenz der Behindertenhilfe
- GELIKO Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz
- Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft
- Parkinson Schweiz
- SBGRL Schweizer Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege
- SSR-CSA Schweizerischer Seniorenrat

Lobbying im Parlament

Curaviva Schweiz belieferte die Kommissionen für Gesundheit und Soziales der beiden Räte mit Fakten und Hintergrundberichten zur Situation in den Alters- und Pflegeheimen. Zudem sind die Sektionsvertreter des Verbandes aufgefordert,

mit den Parlamentariern ihrer Kantone in Kontakt zu treten und sie über die Anliegen der Altersarbeit zu informieren. «Wir brauchen Parlamentarier, die eine klare Strategie haben und sich in den parlamentarischen Interessengruppen für die Belange des Alters interessieren und einsetzen», betont Lionel Ricou. «Man muss voneinander wissen, was in den Kantonen passiert. Sonst sind wir nicht stark», sagt Lionel Ricou und sieht sich als Koordinator solcher Informationen. «Wir wollen die Parlamentarier präzise zu den Altersthemen informieren. Durch die kantonale Vernetzung des Verbandes haben wir auch die Chance, dass die Kantone von unserem Wissen profitieren und das in ihre Entscheide einfließen lassen. Curaviva Schweiz muss zu

einer gut genutzten politisch neutralen Ressource und einer Referenz für die Parlamentarier werden. Wir müssen nicht Politik machen, aber die Politiker briefen.»

Curaviva Schweiz muss in der Schweiz bekannter werden. «Noch ist unsere Arbeit zu wenig themenzentriert. Wenn von Spitälern gesprochen wird, denken die Leute automatisch an H+. Eine entsprechende Rolle wollen wir einnehmen, wenn von Heimen und Institutionen gesprochen wird. Wir dürfen nicht auf die Themen warten, sondern müssen proaktiv sein. Die Leute sollen wissen, was wir für die Heime erreichen wollen, und wir vermitteln diese Ziele dem Parlament.»

Die Interessen vertreten

Um die Interessen der Heime und Institutionen in politischen Gremien zu vertreten und in das Parlament einzubringen, hat Curaviva Schweiz eine Stelle im Bereich Lobbyarbeit geschaffen. Lionel Ricou nimmt sich seit Oktober 2006 folgender Aufgaben an:

- Analysieren der Bundes- und der Kantonalpolitik aller die Altersthemen betreffenden Debatten: Die Bestandaufnahme gibt einen wertvollen Überblick und ermöglicht gesamtschweizerisch Vergleiche. Die Parlamentarier vertreten oft nur kantonale Interessen, und unter den Kantonen findet nur wenig Austausch statt.
- Übersicht, was in den Kommissionen des Parlamentes vertreten wird und wer Altersthemen aufgreift: Statements aus dem Bundeshaus, von den Parteien und Verbänden werden zentral bei Curaviva Schweiz ausgewertet. Das ermöglicht eine effiziente politische Interessenvertretung.
- Verantwortliche Parlamentarier identifizieren: National- und Ständeräte, die sich für die Anliegen der älteren Bevölkerung einsetzen, erhalten vom Fachbereich Alter Grundlagenarbeit und Informationen. Die Parlamentarier können sich so besser für die Anliegen einsetzen und auch Anträge ins Parlament bringen. Die bereits bestehenden Kontakte werden weiter ausgebaut.
- Kommunikation gegen aussen: Die Verantwortlichen in den Heimen und Institutionen sollen informiert werden, wie sich der Verband für ihre Anliegen einsetzt. Weiter werden Medienkontakte aufgebaut und die Parlamentarier, Bundesbehörden und Parteien regelmässig über die Arbeit des Fachbereichs Alter informiert.
- Fachspezifische Anlässe: Verantwortliche aus der Politik werden aus erster Hand kompetent informiert.
- Strategische Arbeit: Für jedes Thema wird eine Verbandsposition erarbeitet, um sich gegenüber den Gesprächspartnern klar zu positionieren.

(roh)